



# Barthle-Brief

Nr. 66

**Berlin aktuell**  
Die Woche im Bundestag

31.3.2017

Thema der Woche:

## **Den Brexit fair begleiten Trotzdem: Ein tiefer Einschnitt für die EU**

Seit Mittwoch herrscht endgültige Klarheit: Großbritannien wird in zwei Jahren die Europäische Union verlassen. Der Brexit ist ein harter Einschnitt für die Europäische Union. Deutschland hätte sich einen Verbleib Großbritanniens erhofft. Doch leider gab der damalige Premierminister Cameron dem Druck des euroskeptischen Flügels seiner konservativen Partei nach und setzte ein Referendum an, zu dem rechtlich keine Notwendigkeit bestand. Nun müssen wir alle mit dem Ergebnis umgehen, das gerade für die britische Wirtschaft große Ungewissheiten mit sich bringt.

Im Mai werden die offiziellen Austrittsverhandlungen beginnen. Dabei sind zwei Vertragsbereiche zu unterscheiden: Zum einen muss ein Austrittsabkommen zwischen der EU und Großbritannien vereinbart werden, zum anderen brauchen die künftigen Beziehungen eine vertragliche Grundlage.

In dem Austrittsabkommen – oder auch „Scheidungsvertrag“ – müssen beispielsweise die Bürgerrechte der 3,2 Millionen in Großbritannien lebenden EU-Bürger und der 1,2 Millionen britischen Bürger in der EU, die finanziellen Verpflichtungen Großbritanniens nach dem Austritt und die Sicherung der künftigen EU-Außengrenze auf der irischen Insel geregelt werden. Bei den finanziellen Verpflichtungen herrschen

in der britischen Öffentlichkeit teilweise recht simple Vorstellungen, wonach mit dem Austritt auch sofort sämtliche Zahlungen eingestellt werden können. Das widerspricht aber dem internationalen Vertragsrecht: Demnach muss Großbritannien alle Verpflichtungen erfüllen, die das Land im Rahmen seiner EU-Mitgliedschaft eingegangen ist. Das betrifft beispielsweise den Forschungsbereich, in dem viele laufende Maßnahmen erst lange nach dem Austritt beendet sein werden. Ein besonderes Problem wird sicher auch die irische Insel werden, denn die faktische Aufhebung der Grenze zwischen dem britischen Nordirland und der Republik Irland war Teil des Friedensprozesses für Nordirland.

Nach den Plänen der EU-Kommission soll bis Ende des Jahres eine Grundverständigung auf dieses Austrittsabkommen erreicht werden. Anschließend könnten dann die Verhandlungen zu dem zweiten Vertrag beginnen, der die künftigen Beziehungen regelt. Hier wird es insbesondere um die Frage des Zugangs zum Binnenmarkt und dem Fortbestehen der Zollunion gehen. Diese Fragen sind natürlich nicht nur für Großbritannien von enormer Bedeutung, sondern auch für unsere exportorientierte Wirtschaft in Baden-Württemberg. Viele Lieferketten wären bei wieder eingeführten Zollkontrollen nicht im heutigen Ausmaß aufrecht zu halten, neue Zölle würden den Export belasten.

Doch trotz aller wirtschaftlichen Aspekte dürfen wir die **vier Grundfreiheiten** der EU nicht preisgeben:

Voller Zugang zum europäischen Binnenmarkt kann nur im Gegenzug zum freien Personen-, Waren- und Dienstleistungsverkehr und zur Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt werden. Das ist für uns nicht verhandelbar. Wir werden eine Rosenpickerei der Briten nicht zulassen!

### Wir arbeiten weiter für Deutschland.

Es sind von nun an noch rund sechs Monate bis zur Bundestagswahl, das ist ein langer Zeitraum. Daher haben die Spitzen der Koalition in dieser Woche im Koalitionsausschuss geklärt, welche Vorhaben wir noch in den kommenden Monaten umsetzen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.

Es gibt Themen, die kein Abwarten dulden: Wir müssen dringend etwas gegen den wiederholten Sozialbetrug im Asylsystem tun. Wer unter mehreren Identitäten sich Geldleistungen erschleicht, verwirkt unsere Gastfreundschaft und muss unser Land wieder verlassen. Hier drängen wir auf eine klare Regelung im Ausländer- und Asylrecht. Wieso wiederholter Diebstahl zu leichterem Abschiebung führen soll, wiederholter Sozialbetrug aber nicht, kann man den Bürgern im Land nicht erklären.

Zudem müssen wir Einbrecher härter bestrafen: Wenn Täter in Wohnungen einbrechen, hat das oft traumatische Folgen für die Opfer. Dieser Eingriff in die Privatsphäre ist kein Kavaliersdelikt. Wir wollen, dass Wohnungseinbrecher mindestens eine einjährige Freiheitsstrafe erhalten. Die SPD muss jetzt klar sagen, ob sie die Bürger oder die Einbrecher schützen will.

### Änderung des Straßenverkehrsgesetzes

Der technische Fortschritt im Automobilbau wird in absehbarer Zeit den Einsatz immer weiter automatisierter Systeme in Fahrzeugen möglich machen. Automatisiert bedeutet, dass der Fahrer jederzeit in der Lage sein muss, die volle Kontrolle über das Fahrzeug zu übernehmen.

In zweiter und dritter Lesung beschließen wir ein Gesetz zur grundlegenden Regelung des Zusammenwirkens zwischen Fahrer und einem Kfz mit automatisierten Fahrfunktionen. Wir schaffen damit die gesetzliche Grundlage dafür, dass die Innovation bei Autos weiter vorangehen kann. Ferner leisten wir einen Beitrag zur Sicherung der wirtschaftlichen Vorreiterrolle Deutschlands in diesem Bereich der Automobilindustrie.

#### **Was wird neu geregelt?**

Wir beschäftigen uns in dem jetzigen Gesetzentwurf mit hoch- und vollautomatisierten Fahrzeugen. Mit solchen Fahrzeugen kann man während der Fahrt auf dem Fahrersitz beispielsweise lesen oder sich einfach entspannen. Bei diesen Autos muss der Fahrer die Kontrolle über das Fahrzeug jederzeit unverzüglich zurückerlangen können.

#### **Wie sieht die Haftung bei Unfällen aus?**

Wie bei herkömmlichen Fahrzeugen haftet der Fahrer für seine Fehler, der Hersteller haftet für Fehler des Systems. Durch einen Datenspeicher im Auto, eine Art Blackbox, wird sichergestellt, dass nachvollzogen werden kann, wer wann die Verantwortung hatte. Dabei haben wir Datenschutzaspekte weitestgehend berücksichtigt. Nach dem Gesetz darf der Fahrer sich „abwenden“. Nach unserem Verständnis heißt das, dass der Fahrer den Blick von der Straße wenden darf. Er ist aber verpflichtet, wahrnehmungsbereit zu bleiben und unverzüglich wieder zu übernehmen, wenn er vom System dazu aufgefordert wird.

## **Blicken wir in die Zukunft: Wie soll das Miteinander von „normalen“ und autonomen Fahrzeugen aussehen?**

Wir erleben schon jetzt viele Entwicklungen. Auch heute gibt es schon Vorstufen zum automatisierten Fahren. Viele kennen Stauwarner, mit denen das Auto automatisch herunterbremst. Es gibt auch bereits Autos, die im Stauverkehr selbst die Fahrerfunktion übernehmen. Das wird sich immer weiter entwickeln. Irgendwann werden wir an den Punkt kommen, dass Autos mit Ampeln kommunizieren oder Krankenwagen Signale aussenden, damit eine Rettungsgasse gebildet wird. Dann wird sich schon die Frage stellen, wie herkömmliche Autos noch in dieses System reinpassen. Aber da geht es um Jahrzehnte. Das ist bisher eher eine Vorstellung, die man aus der Science-Fiction kennt.

### Maritime Wirtschaft weiter stärken.

Die Leistungsfähigkeit der maritimen Wirtschaft ist für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zwingende Voraussetzung, da der überwiegende Teil des interkontinentalen Warenaustauschs über den Seeweg läuft. In der Branche mit Schiffbau und Meerestechnik, Schifffahrt, Häfen und Logistik, Offshore-Windindustrie und maritimer Sicherheit arbeiten etwa 400.000 Menschen. Die maritime Industrie umfasst gut 2.800 Unternehmen, ist überwiegend mittelständisch geprägt und verteilt sich über ganz Deutschland.

Die Herausforderungen sind groß und reichen von der internationalen Schifffahrtskrise über das Finden von Fachpersonal, den Klima- und Umweltschutz bis hin zur fortschreitenden Digitalisierung und Automatisierung der Wirtschaft. Wir unterstützen daher die von der Bundesregierung beschlossene „Maritime Agenda 2025“. Wir wollen die maritime Technologieführerschaft sichern, neue Zukunftsmärkte erschließen, die maritime Energiewende vor-

anbringen und Chancen von Industrie 4.0 auch auf diesem Sektor nutzen. Schließlich müssen auch in diesem Bereich Investitionen schnell realisiert werden. Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Nutzerfreundlichkeit müssen bei Planungen als berechtigte Allgemeininteressen in einen guten Ausgleich gebracht werden. Wenn eine kleine Pflanze die Elbvertiefung vor dem Hamburger Hafen deutlich verzögert, stellt sich uns schon die Frage, ob die Gesetze diesen Interessenausgleich nicht besser widerspiegeln müssen.

### Zitat

«Erdoğan's Rhetorik macht mich fassungslos. Sie zerstört in kurzer Zeit mutwillig, was über Jahre an Integration in Deutschland gewachsen ist. Die Reparatur der jetzt entstandenen Schäden wird Jahre dauern.»

*(Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zu den Nazi-Vergleichen des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan)*

### Ein persönlicher Wunsch: Zurück zu den Fakten, bitte!

Nicht nur die Rechten, auch die Linken verdrehen Zahlen und rechnen sich die Realität schlecht. Zum Beispiel beim Thema Ungleichheit: Martin Schulz bläst zum Kampf für die Soziale Gerechtigkeit und behauptet, die Ungleichheit in Deutschland würde immer weiter steigen. Dabei zeigt der Armuts- und Reichtumsbericht von Andrea Nahles vor allem positive Entwicklungen auf: Den anhaltenden Beschäftigungsboom, reale Lohnzuwächse bei mehr als 80 Prozent der Beschäftigten, verbesserte Wohnverhältnisse und eine steigende Lebenserwartung. Selbst die deutsche Mittelschicht, der laut dem Bericht 77 Prozent der Bevölkerung angehören, ist stabiler als in den meisten anderen Industrieländern.

Beispiel Rente: Wer sein Leben lang gearbeitet hat, soll als Rentner mehr als nur die Grundsicherung zur Verfügung haben. Manche Politiker skizzieren momentan Horrorszenarien und behaupten, Millionen Deutsche seien von Altersarmut bedroht. Dabei sind heute drei Prozent der Rentner auf staatliche Unterstützung durch Grundsicherung angewiesen. Das klingt nach viel, liegt aber deutlich unter den 9,7 Prozent in der Gesamtbevölkerung.

Bei den Alleinerziehenden ist sogar mehr als ein Drittel auf staatliche Unterstützung angewiesen.

Ein anderes Beispiel ist die sogenannte Gender Pay Gap. Es wird suggeriert, Frauen verdienen in gleichen Berufen 21 Prozent weniger als Männer. In Wirklichkeit ist diese Differenz viel geringer, denn auch diese Zahl ist schief. Sie berücksichtigt Unterschiede bei der Qualifikation, Arbeitszeit oder Berufserfahrung nicht. Kassierer werden mit Managern und Teilzeit- mit Vollzeitbeschäftigten verglichen. Wenn man die Statistik um solche Faktoren bereinigt, beträgt der Unterschied – laut Statistischem Bundesamt – rund sieben Prozent, dem Institut der Deutschen Wirtschaft zufolge sind es noch zwei Prozent.

Wir sollten uns nicht in die Irre führen lassen und unser eigenes Land schlechtreden, sondern stolz sein, auf das, was wir erreicht haben und uns mit realen Problemen beschäftigen.

Deshalb: Zurück zu den Fakten, bitte!